

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

### Bargeldverbot - das Scheitern der Euro-Retter und der Schmelz-Euro

Nein, es geht nicht um Mafia und Terroristen, auch nicht um die aktuelle Völkerwanderung: Das drohende Bargeldverbot ist nur eines der Krisensymptome des Euro. Auch die Bankenkrise und Negativ-Zinsen sind Ausdruck der sich zuspitzenden Währungskrise.

“Niemand will eine Obergrenze einführen, wie viel Bargeld jemand besitzen darf”, sagt der Bundesfinanzminister zur aufflammenden Debatte. Bis Aschermittwoch habe er gedacht, die Debatte habe karnevalistische Züge, aber jetzt müsse er doch mal klarstellen: “Das ist eine Nonsens-Debatte in Deutschland. Punkt.”

### Das Bargeld stirbt leise

Nein, keine Sorge, in dieser Legislaturperiode wird das Bargeld nicht verboten.

Es werden nur weitere Schritte zu seiner Abschaffung unternommen. Im § 14 des Bundesbankgesetzes heißt es: „Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“

Im Wesentlichen heißt das: Schulden kann man nur mit Geldscheinen bezahlen. Punkt. Diese müssen angenommen werden. Punkt. Das gibt dem Bargeld eine starke Stellung. Überweisungen, Kartenzahlungen und andere nicht-bare Formen sind nur „Ersatzhandlungen“. Sie müssen nicht angenommen werden. Niemand kann einen Gläubiger zwingen, Schecks, Überweisungen, Kartenzahlungen usw. usf. anzunehmen.

Rechtlich gesehen ist also die Stellung des Bargeldes sehr stark. Faktisch ist das Bargeld-Gebot schon weitgehend ausgehebelt – wegen der unbestreitbaren Vorzüge von „Giralgeld“, dem Geld, das via Bankkonto mit Schecks, Überweisung und Karten oder neuerdings per PayPal (Pay-Apps) bewegt wird.

Was zunächst wie eine Zukunftsvision klingt, zeichnet sich in unserem Alltag längst ab. Handwerkerrechnungen können nur dann steuerlich geltend gemacht werden, wenn sie per Überweisung beglichen wurden. Im öffentlichen Nahverkehr einzelner Großstädte erhält einen Rabatt, wer auf Bargeld verzichtet.

Aber auch der Staat selbst hat vielfach das Bargeld schon abgeschafft: Es gibt keine „Finanzamtskassen“ mehr, bei denen man mit Scheinen die KfZ-Steuer begleichen könnte. Dieser Prozess wird nur beschleunigt, wenn 500-€-Scheine abgeschafft und Bar-Zahlungen gedeckelt werden.

Alles das ist bereits seit Jahren bekannt. Warum werden jetzt Mafia und Islamisten beschworen, um die nächsten Schritte zu tun? Warum eilt es plötzlich so? Isis-Terroristen finden ein offenes Europa vor. Wer sie bekämpfen will, müsste die berühmten Außengrenzen schließen, über die Isis-Kämpfer mit Bargeld-Beständen so viel sie tragen können, ohne Stopp nach Deutschland gelangen.

Der eigentliche Grund ist die Krise des Euro.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

### Euro-Krise und Bargeld

Im Dezember erfuhr die Fachwelt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) mit den nationalen Zentralbanken ein Geheimabkommen mit der Bezeichnung „Agreement on Net Financial Assets“ (Anfa) geschlossen hat. Die EZB erlaubt den 19 nationalen Notenbanken in den Euro-Staaten, in eigener Regie Wertpapiere zu kaufen.

Bekanntlich pumpt die Europäische Zentralbank 1,4 Billionen Euro in den Geldkreislauf, um die Wirtschaft im lahmen Europa anzukurbeln.

Über dieses Geheimprogramm packen auf den ohnehin schon unglaublichen Betrag der EZB die nationalen Zentralbanken Frankreichs und Italiens noch einmal 500 Milliarden drauf. Das ist eine verdeckte Staatsfinanzierung der Krisenländer auf unsere Kosten.

Während die Bundesbank 2014 ihre Bilanz nur um 1,6 Prozent durch nationale Geldschöpfung verlängert hat, liegen die Anteile bei den Zentralbanken in Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal zwischen 15 und 25 Prozent. Die mit dieser eigenen Geldschöpfung erzielten Wertpapiererträge stellen eine zusätzliche Einnahmequelle dar, die diese Länder nicht mit anderen Euro-Staaten teilen müssen.

Noch problematischer ist die Tatsache, dass die meisten so angekauften Wertpapiere Staatsanleihen sind. In den drei Jahren von 2010 bis 2012 lagen die Anteile von Staatsschuldpapieren in den entsprechenden Bilanzpositionen der Notenbanken von Italien, Spanien, den Niederlanden, Belgien, Griechenland und Portugal zwischen 70 und 97 Prozent. Das kann man durchaus als versteckte Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken bezeichnen.

Gewinne werden also nationalisiert, Verluste hingegen europäisiert. Die Zinsen risikoreicher Staatspapiere fließen über die Gewinnabführung der nationalen Notenbank zum Jahresende an den Fiskus zurück, womit Krisenländer faktisch zinsfrei ihr Budget finanzieren. Im eigenen Interesse der Staaten werden Geldpolitik und Fiskalpolitik zunehmend verschmolzen, ohne dass die EZB eingreift. Das so geschaffene Geld verlängert die Krise und vermindert die Anreize für Anpassungen.

Aus diesen Gründen ist das national geschaffene zusätzliche Geld ein Sprengsatz für die Währungsunion.

Das zeigt: Die Krise in Frankreich und Italien ist weit tiefer, als das in Deutschland wahrgenommen wird. Das Wirtschaftswachstum muss um jeden Preis angekurbelt werden, koste es, was es wolle.

Das Dumme an der Nummer ist: Das Kaninchen bleibt hartnäckig im Hut. Das Wachstum will und will nicht kommen.

Das zeigt die etwas komplizierte „Euro Area Bank Interest Rate Statistik“ der EZB, die hier herangezogen wird. Wachstum fände statt, wenn zusätzliche Kredite an Unternehmen vergeben werden, die damit Investitionen finanzieren und Arbeitsplätze schaffen.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

Das Anleihe-Kaufprogramm begann im März 2015.

Im Dezember davor, also im Dezember 2014, lag die Kreditvergabe der Banken um 3 Milliarden **HÖHER** als im Dezember 2015.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Jeden Monat kauft die EZB für 60 Milliarden Anleihen, um die Zinsen zu drücken und Geld in die Märkte zu drücken – aber es kommt nicht bei den Kreditsachbearbeitern und damit auch in der Wirtschaft nicht an.

Die Kunden brauchen keinen zusätzlichen Kredit. Für sie ist nicht der Zinssatz die entscheidende Größe. Sie investieren nicht, weil die Nachfrage nach ihren Produkten fehlt. Stark, sehr stark vereinfacht: Zu wenige Menschen kaufen VWs aus Wolfsburg oder Olivenöl aus Griechenland, so dass weder VW noch griechische Bauern in höhere Produktion investieren.

Der EZB geht es jetzt um die nächste Stufe ihrer geldpolitischen Zwangsmaßnahmen: Die Negativ-Zinsen.

Die Rechnung ist ja einfach: Wenn wir alle auf unsere Sparvermögen negative Zinsen bezahlen, dann muss wohl flott gekauft werden.

Lieber Nonsens kaufen, als zuschauen, wie das Geld verreckt. Es wird ja eh immer weniger wert.

### Negativ-Zinsen für Alle

Vorbild der Geldpolitik ist der Bankensektor: Schon heute zahlen Banken für ihre Guthaben bei der Europäischen Zentralbank negativen Zinsen. Das Geld der Banken (in der Regel die vorübergehenden Überschüsse von Industrieunternehmen und Handelskonzernen) schrumpft über Nacht.

Es wird entwertet. Diese Überschüsse sind übrigens unvermeidlich. Große Geschäfte enden immer mit großen Liquiditätsüberschüssen, die kurzfristig geparkt werden müssen so wie unsereiner sein Gehalt bzw. seine Rente zunächst auf dem Dispo-Konto stehen lässt und es langsam abbaut.

Diese Beträge könnten Banken sich auch gegenseitig über Nacht zuschieben, um das Risiko zu vermeiden. Aber die Banken trauen sich gegenseitig nicht mehr über den Weg.

Stellen wir uns vor, die Commerzbank hat abends einen Überschuss von, sagen wir, 10 Milliarden. Sie könnte ihn beim Nachbarn Deutsche Bank anlegen, kurzfristig. Aber auch die Zentralbanken etwa der Sparkassen oder der Genossenschaften würden dankbar ablehnen.

Sie können mit diesem Betrag nichts Sinnvolles anfangen. Also landet er bei der EZB. Die kassiert schon jetzt Straf-Zinsen von -0,3%.

Wer der Commerzbank Geld bringt, bringt sie dem Tode näher. Aber wer will das schon?

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

Die Commerzbank führt daher jetzt „Gebühren“ für über 100.000 mittelständische Unternehmen ein, die dort Geld auf ihrem Dispo-Konto haben. Großkunden mussten schon in 2015 Negativzinsen zahlen.

Es ist eine Abschreckungspolitik. Die Welt hat sich verkehrt. Früher wollten die Banken unser Geld. Jetzt würden sie darüber buchstäblich in die rote Grütze fahren. Wer Geld mitbringt, wird daher bestraft.

Straf-Gebühren statt Zinsen – das ist die Politik der EZB zur Wachstumsankurbelung im Euro-Raum.

Und klar ist: Diese Politik soll auf immer mehr Unternehmen und Menschen ausgeweitet werden. Waren es zunächst die Großen, sind es jetzt schon Mittelständler.

Und die verzweifelte Lage zwingt vermutlich die EZB auf den Weg, auch uns Alle in ihre Politik des Irrsinns einzubeziehen, und das heißt:

Negativ-Zinsen für ALLE.

### Die Flucht der Banken

Das ist aber nicht so einfach. Bekanntlich sind Banken und Unternehmer fixe Kerle. Sie versuchen sich dem Schmelz-Euro zu entziehen. Der Ausweg: Die Banken und Unternehmen, wie schon in der Schweiz mit 1000-Franken-Scheinen, legen sich wieder Geld in den Tresor, in 500er-Scheinen.

**Bingo!** Das ist der Grund, warum er abgeschafft werden soll. Nicht wegen der Terroristen. Nicht wegen ISIS:

Wegen der Banken. Ihre Kosten der Bargeldhaltung sollen erhöht werden. Denn natürlich ist es noch teurer, die Summen, um die es hier geht, in 200-Euro-Scheinen zu bunkern.

Hans Werner Sinn hat das kürzlich in der FAZ vorgerechnet:

“Wenn die Banken nun gezwungen werden, statt der 500-Euro-Scheine die etwas kleineren 200-Euro-Scheine zu halten, steigen die Tresorkosten etwa auf das Zweieinhalbfache. Unter der Annahme, dass der genannte Strafzins von 0,3 Prozent, den die Banken auf ihre Einlagen bei der Notenbank zahlen, bereits durch die Tresorkosten limitiert wurde, könnte die EZB diesen Strafzins nach der Abschaffung der 500-Euro-Scheine rechnerisch auf das Zweieinhalbfache, also auf 0,75 Prozent erhöhen.”

Nur mit der Abschaffung von größeren Scheinen ist die Politik der Negativ-Zinsen durchsetzbar und auf uns alle übertragbar. Deshalb drängt Frankreich jetzt sofort auf die neuen Geld-weg-Gesetze für Deutschland.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

### Entwertung des Geldes

Unser Geld wird immer weniger wert. Nein, die Rede ist nicht von der Inflation, der Kaufkraft. Noch nicht. Es ist viel schlimmer. Hier ist die Rede davon, dass die Freiheit, wie wir über unser Geld verfügen zunehmend eingeschränkt werden soll.

Viele denken: Nicht so schlimm. Ich habe noch nie einen 500-Euro-Schein im Geldbeutel gehabt. Und wer zahlt noch ein Auto in bar im Jahrhundert der Kreditkarte?

Aber Tatsache ist: Wenn Geld erst auf dem Konto liegt, kann nicht mehr frei darüber verfügt werden. Bank und Regierung entscheiden dann, wie viel noch ausbezahlt wird.

Beispiel? Griechenland im vergangenen Sommer. Monatelang waren nur noch 50 Euro am Tag aus dem Geldautomaten erlaubt, dann kam nur noch ein leises Summen, aber kein Geld. Auch alle Überweisungen wurden untersagt. Da kann man 1.000, 10.000 oder eine Million haben – man verhungert am langen Arm, weil die Regierung entscheidet, ob man sein Geld benutzen darf.

Beispiel Zypern vor zwei Jahren: Wer mehr als 100.000 Euro auf dem Konto hatte – zahlt Strafsteuer. 20 Prozent. Einfach so. Das sind bittere Erfahrungen. "Bank-Geld" ist daher weniger wert als Bar-Geld. Weil die Entscheidung darüber, ob man überhaupt darüber verfügen kann, verlagert wird: auf den Staat.

Das ist der Traum der sozialistischen Wirtschaftspolitik in Europa, der eigentlich nur Deutschland und Großbritannien entgegenstehen, nie aber Frankreich und Italien: Die Steuerung unseres Ausgabeverhaltens. Und zwar möglichst präzise.

### Der große Datenklau

Klar ist: Derzeit geht es "nur" darum, uns irgendwie zum Konsumieren zu treiben. Aber wenn wir das Falsche kaufen? Computer und Smartphones aus Korea und Taiwan statt Ziegenkäse aus Griechenland? Wenn die Wirtschaft trotz all dieser Bemühungen einfach nicht anspringen will?

Dann kann man auch in Details gehen. Ihre Überweisung für "unerwünschte", beispielsweise "unökologische Produkte" werden einfach nicht mehr ausgeführt. Wir retten die Welt! So einfach ist das. Wer falsch kauft, wird nicht bestraft – der Kauf wird verhindert.

Man ahnt, warum das Bargeldverbot für die SPD so attraktiv ist und warum sie es aktiv betreibt – und die Grünen nicht opponieren.

Freiheit ist kein Wert mehr, sondern Lenkbarkeit. Der Konsument ein Sünder, der gelenkt werden muss, dahin, wo die grünen Genossen es wollen.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

Noch spielen sie den unschuldigen. Beispielsweise Heiko Maas, der vor der Folge von "Fitness-Trackern" warnt. Da machen sie auf Datenschutz.

Und bereiten den größten Datenklau der Geschichte vor. Denn Konto-Bewegungen sind die größte Datensammlung. Was ist schon ein Cookie auf dem PC gegen den Einblick auf unser Konto, unsere Lebensgewohnheiten, unsere Vorlieben und Ausgaben.

### Das Scheitern des Euro: die neue Bankenkrise

Aber dahinter steht etwas Anderes: Der Euro als Währung ist grandios gescheitert, man mag es drehen, wie man will. Das Bargeldverbot ist nur ein Krisensymptom. Die derzeitige Krise der Banken, die neue Finanzkrise, ein weiteres. Diesmal sind nicht die Banken die bösen Buben.

Banken aber leben davon, dass sie Sparern Zinsen bezahlen und von Kreditnehmern höhere Zinsen kassieren. Diese Zinsmarge geht bei Null- oder Negativzinsen logischerweise gegen Null. Banken können nicht mehr verdienen.

Das verschärft etwa die Krise der Deutschen Bank, die auch andere, selbst gemachte Ursachen hat. Aber in der neo-sozialistischen Euro-Welt hat sie gar keine Chance mehr, ein vernünftiges Geschäft aufzubauen.

Beispiel ist die von der Deutschen Bank teuer erworbene Postbank: Deren Geschäftsmodell ist, bei Rentnern und Kleinverdienern die Spargroschen einzusammeln und diese Beträge weiter zu verleihen an Banken, die Kredite an Unternehmen vergeben. Das ist kein Geschäft mehr – das ist der sichere Weg in den Ruin, denn niemand wird der Postbank noch Zinsen bezahlen.

Ihr Geschäftsbetrieb ist defizitär, ihr Geschäftsmodell ruiniert – das vieler Sparkassen übrigens auch. Überleben werden nur Investmentbanken, die die deutsche Politik so hasst. Spekulation geht immer – simples Kreditgeschäft ist tot.

Die bisherige Rettungspolitik des Euro hat seine Probleme nicht gelöst, sondern vielfach verschlimmert.

Jetzt kommen die Folgen in Form von schleichendem Bargeldverbot, damit Konsumenten-Steuerung, Entzug der Verfügungsmacht über Geld und einer neuen Finanzkrise wieder an den Tag.

Wie gut, dass wir die Flüchtlingskrise haben. Da redet keiner mehr über Geld.

## Aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise am 19. Februar 2016

---

*Ich habe, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die aktuelle Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise in verständlicher Form geschildert. Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.*

*Ich hoffe, dieser kleine Überblick und Einblick wird das Wissen und das Verständnis unseres Zukunftsproblems deutlicher machen. \**

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

*\* Die gemachten Ausführungen zur aktuellen Lage der Euro- und Staatsschuldenkrise stellen nur meine Meinung zu diesem Thema dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*